

Plenarsitzung am 3.12.08, TOP 1 Landesbank Baden-Württemberg

Rede von Winfried Kretschmann

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

Mein Kollege Eugen Schlachter hatte im März dieses Jahres in einer Pressemitteilung zur Landesbank geschrieben:

"Das Echo der ernstesten Finanzmarktkrise in USA wird auch an den Landesbanken in Baden-Württemberg nicht spurlos vorbeigehen - ich erwarte weitere Ertragseinbrüche, mit erheblichen Auswirkungen auf den Landeshaushalt". Bei der LBBW sei zunächst von einem Verlust von 800 Mio. Euro, dann von 1,1 Mrd. die Rede gewesen - jetzt spricht der Flurfunk schon von 1,5 Mrd. und mehr.

und weiter:

Dass die Bundesbank in USA hunderte Milliarden Dollar an Liquidität zur Verfügung stellen muss, verstärkt die Besorgnis, dass auch in Baden-Württemberg der Ruf nach Staatshilfe kommen kann... - solange sollten wir in Baden-Württemberg nicht abwarten.

Die Landesregierung hat leider gewartet- zu lange gewartet: Die von Herrn Schlachter genannten 1,5 Mrd Euro Verlust werden in diesem Jahr überschritten und der Ministerpräsident berichtet dem Haus über die Notwendigkeit staatlicher Hilfen im Umfang von 5 Mrd Euro.

Währenddessen versteigt sich Herr Mappus hier im Haus kürzlich zu der Behauptung, die Grünen betrieben Politik im, so wörtlich, „träumerischen Wolkenkuckucksheim“.

Ich sage dazu:

wir haben die Fakten benannt - und nicht Sie Herr Mappus,

wir haben die richtige Prognose gestellt - und nicht Sie Herr Mappus,

wir haben Transparenz gefordert -und nicht Sie Herr Mappus,

im Gegenteil. Sie haben die Fakten gegenüber diesem Haus verschwiegen, obwohl sie informiert waren,

meine Damen und Herrn,

im Kreditausschuss der LBBW ist derzeit der Landtag mit zwei MdLs vertreten, es sind die Kollegen Mappus und Schmiedel.

Warum sind sie dort vertreten? Vertreten sie eigenes Kapital, vertreten sie Verbände oder die private Wirtschaft?

Nein, sie sitzen dort als Vertreter des Landtags von Baden-Württemberg und sie haben gegenüber dem Landtag unangenehme Fakten verschwiegen obwohl sie informiert waren. Alle Probleme, die wir über unsere Landesbank erfahren haben, haben wir zuerst in der Zeitung gelesen. Selbst der Wirtschaftsminister sagt, bei der Zeitungslektüre sei ihm fast die Tasse aus der Hand gefallen. Was ist das für eine Informationspolitik unserer Landtagsvertreter?

Ganz konkret: Island. Verlust mindestens 300 Millionen.

Finanzminister Stächele bestätigte im Finanzausschuss vom 20.11. auf unsere Frage klar und eindeutig, dass im Oktober im Kreditausschuss der Bank über Island informiert wurde. Auch Herr Jaschinski sagt, er habe die Gremien der Bank immer zeitnah und zutreffend informiert. Daran zweifle ich erst einmal nicht.

Aber noch Anfang November, als wir hier über die LBBW und die Auswirkungen der Finanzmarktkrise gesprochen haben, - kein Wort über diese Vorgänge von den Kollegen Mappus und Schmiedel. Auch kein

Wort der Information gegenüber dem Finanzausschuss, auch kein Wort der Information zu den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen- das wäre ja vertraulich möglich gewesen. Selbst Herr Scheffold aus ihrer eigenen Fraktion, Herr Mappus, weil er offenbar nicht informiert war, sprach hier an dieser Stelle von einem „exzellenten Zustand“ der LBBW.

Und wenn ich jetzt höre, ein Gutteil der Island Verluste haben wir aus Rheinland-Pfalz übernommen, mit der Aufnahme der dortigen Landesbank in die LBBW, dann muss ich Sie fragen, Herr Mappus und Herr Schmiedel: Was für Vereinbarungen, die uns gar nicht bekannt sind, haben Sie denn abgenickt bei den Fusionen?

Das war nicht vertrauensbildend. Herr Mappus, Herr Schmiedel, sie haben kein Vertrauenskapital für die Bank für dieses Land geschaffen, sondern beschädigt. Ich fürchte, verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben die falschen Leute im Kreditausschuss der Landesbank.

Nun zur Zukunft unserer Landesbank.

Meine Damen und Herren, die Frage der Zukunft der Landesbanken entscheidet sich für uns an der Frage: Wie sollen die öffentlich-rechtliche Banken, wie soll die "dritte Säule" der deutschen Bankenlandschaft künftig aussehen? Das ist unsere Leitfrage. Herr Oettinger, Sie sollten sich die Frage stellen, ob ihre Perspektive für die LBBW eigentlich noch etwas zu tun hat mit dem öffentlichen Auftrag und der Stärkung der Sparkassen für Baden-Württemberg.

Was für uns keine Rolle spielt – das sage ich deutlich - das ist der Märklin-Eisenbahn-Reflex, der lautet, dass auch die wirklich großen

Jungs immer drauf sehen, dass sie ihr eigenes Spielzeug behalten - und dass das auch teuer werden darf.

Vor diesem Hintergrund will ich Ihnen kurz zusammengefasst die Argumente nennen, die uns veranlassen, zu sagen:

Der Weg, den die Landesregierung mit Unterstützung der SPD einschlägt ist falsch. Wir sind für die Inanspruchnahme der Bundeshilfen sowohl beim Eigenkapital als auch beim Bürgschaftsrahmen.

Was soll angeblich für die Landeslösung sprechen?

"Herr im Hause bleiben, sich nicht reinreden lassen" –

das wird als Argument immer wieder genannt von wirklich großen Jungs.

Da stelle ich mir die Frage, wer denn hineinreden könnte oder würde in „unsere LBBW“. Da muss man die beiden Alternativen unterscheiden: Bundeslösung oder Landeslösung.

Erste Möglichkeit: Bundeslösung. Bei den Bundeshilfen ist es der SoFFIn, der Sonderfond Finanzmarktstabilität.

Dort kommt dann Herr Stratthaus in Frage beim Hinweinsprechen. Wenn man dann weiß, dass er bis Oktober ebenfalls noch im Kreditausschuss der LBBW saß, dann kann man schon nachdenklich werden, als Oppositionsfraktion. Aber warum stört Sie das Herr Oettinger, wenn Ihnen Herr Stratthaus dreinredet? Sie haben ihn doch nicht aus mangelndem Vertrauen in seine fachlichen Qualitäten entlassen, im Gegenteil, sie haben diese hoch gelobt! Was also ist der Grund Ihrer Befürchtungen. Vielleicht Herr Steinbrück ? – aber das kann vielleicht Herr Schmiedel erklären, warum er in dieser Richtung Befürchtungen

hat. Ebenfalls erklären sollten Sie Herr Schmiedel, was das aktuelle Votum Ihres Kreisverbands Stuttgart für die Bundeshilfen nun bedeutet - Frau Vogt war ja dabei, wie ich lese. Wenn das stimmt, dann muss ich sagen: Alle Achtung vor dem finanzpolitischen Sachverstand von Frau Vogt.

Zweite Möglichkeit: Landeshilfen. Da kommt in Frage beim "Hineinreden" Frau Nelly Kroes, die EU-Kommissarin für Wettbewerb. Denn Sie glauben doch nicht im Ernst, dass eine staatliche Beihilfe, die der Staat nur für ein Unternehmen gibt und dazu noch für sein eigenes, aus Brüssel ohne Rückfrage bleibt!

Da gibt es dann wieder zwei Möglichkeiten des Hineinredens: Die Erste und wahrscheinlichste ist, dass Brüssel das gar nicht genehmigt. Dann heißt es für die LBBW: Gehe zurück nach Los, ziehe keine Landeshilfen ein. Wertvolle Zeit verloren.

Die zweite Möglichkeit ist: Frau Kroes wird bei einer Genehmigung mindestens dieselben Auflagen machen, die der Bund bei der Notifizierung der Bundeshilfen zusagen musste. Also Gleichstand - der einzige Unterschied: Frau Kroes statt Herr Stratthaus- da sage ich trotz Allem: Ich nehme Stratthaus und die Bundeshilfen.

Dann zum Thema Verzinsung der Einlage des Landes:

Einige glauben, die ganze Sache könnte man nach der Nummer „Kaninchen aus dem Hut“ noch zu einem Schnäppchen fürs Land machen. Die Kapitaleinlage des Landes sozusagen als Festgeld mit garantierter Verzinsung. Aber Vorsicht: Wir legen hier kein Festgeld sondern haftendes Eigenkapital in eine Bank ein, die alleine im

laufenden Jahr fast das gleiche Eigenkapital verbrannt hat, das CDU und SPD jetzt neu einbringen wollen – Verlust in 2008 deutlich über 1,7 Mrd. Euro. Und Herr Jaschinski sagt eindeutig, dass die zusätzliche Einlage keinen Euro mehr an Gewinn bringt.

Herr Oettinger, das müssen Sie als Steuerberater doch wissen, dass man aus Verlusten keine Gewinne ausschütten kann. Mit solchen politischen Luftbuchungen lügt man sich selbst was in die Tasche.

Nein das wird kein Schnäppchen, im Gegenteil: Sie werden sogar bei der Landeslösung im Ernstfall doppelt zahlen. Einmal sowieso über die gesetzliche Kostenbeteiligung am Bundesfonds- allerdings nur für die anderen, - und einmal über die eigene Einlage bei der Landesbank.

Und dann ist immer die Rede davon, dass der Bundesfond SoFFin 10% fix verlangt, aber das stimmt gar nicht. Im Finanzmarktstabilisierungsgesetz steht „angemessene Vergütung“, nichts anderes. Die 10% beziehen sich nur auf Vorzugsaktien - insofern empfehle ich Lektüre der Gesetzestexte.

Herr Oettinger,
denken Sie nochmals nach, und denken Sie bitte nicht nur an die eigene Landesbank, sondern denken Sie auch an das, was auf Mittelstand und Handwerk im Jahr 2009 zukommen wird- ich teile Herrn Steinbrücks nüchterne Feststellung „Wir sind in einer Rezession“ und füge hinzu: In Baden-Württemberg aufgrund der jahrelangen Denkblockade in der Autoindustrie mehr als anderswo.

Ich sage Ihnen Herr Oettinger:

Nehmen Sie jetzt das Geld vom Bund, dann haben wir noch Handlungsspielräume seitens des Landes, wenn es darum geht den mittelständischen Betrieben mit 20, 50 oder 100 Arbeitsplätzen zu helfen, die wegen der Kreditkrise und wegen der Fehler der Konzerne im kommenden Jahr auf dünnes Eis geraten werden.